**Anhörung zur Beschleunigung der Brückensanierung im Bundestag**

Der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages hat am 16. März einen Gesetzesentwurf der Unionsfraktion beraten, der die Beschleunigung der Genehmigung des Brückenneubaus und der Brückensanierung nach dem Vorbild des LNG-Beschleunigungsgesetzes vorsieht. Als Sachverständiger wurde Ralf Stoffels, Präsident von IHK NRW und Vizepräsident der DIHK, angehört. Er beschrieb am Beispiel der Rahmedetalbrücke die dramatischen Konsequenzen von Brückensperrungen für eine ganze Region und bat die Abgeordneten, die Genehmigungsverfahren nach dem Vorbild des LNG-Terminals zu beschleunigen.

Auch die Ausführungen weiterer Sachverständiger stießen auf hohes Interesse: So wurde deutlich, dass Brücken durchschnittlich zehn Jahre Zeit bis zu ihrer Fertigstellung benötigen, wobei nur drei Jahre davon tatsächlich gebaut wird. Sieben Jahre entfallen demnach auf die Planung und Genehmigung der Vorhaben.

Der Bauindustrieverband gab zu bedenken, dass auch der Ausbau erneuerbarer Energien nur durch ein intaktes Brückennetz gelingt: Für den einfachen Transport einer Windenergieanlage sind durchschnittlich 21 Schwerlasttransporte notwendig. Es gab jedoch auch kritische Stimmen, wonach das LNG-Beschleunigungsgesetz kein geeignetes Vorbild und europarechtlich bedenklich ist. Allerdings befreit dieses Gesetz Vorhaben nicht nur von der Plangenehmigung, sondern auch von der Pflicht zur Durchführung einer zeitaufwendigen Umweltverträglichkeitsprüfung und lässt zudem Erleichterungen bei Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, einen vorzeitigen Baubeginn und verkürzte Beteiligungsfristen zu. Darüber hinaus stellt es die Vorhaben in das überragende öffentliche Interesse.

Innerhalb der Regierungskoalition wird weiterhin über die Frage gestritten, ob auch der Autobahnausbau gesetzlich beschleunigt zugelassen werden sollte.